

Digitalgelddickicht Folge 1.8

Der digitale Euro und die Europäische Zentralbank

<https://zevedi.de/digitalgelddickicht-1-8-der-digitale-euro-und-die-europaische-zentralbank/>

Moderation: Caroline Marburger

Hallo, herzlich willkommen im Digitalgelddickicht, einem Podcast des *Zentrums verantwortungsbewusste Digitalisierung*!

Im *Digitalgelddickicht* sind eine Vielzahl finanzieller, letztlich aber auch gesellschaftlicher und politischer Strukturen miteinander verwoben. Jahrhunderte alte Traditionen des Bankenwesens verbinden sich mit gänzlich neuen Formen von Finanzdienstleistung. Innovations- und Konkurrenzdruck versetzen das Gefüge in Spannung. Digitale Technologien locken mit neuen Chancen, es stellen sich aber auch Fragen zur Sicherheit und Gerechtigkeit. Wie stabil oder instabil ist welches Zusammenspiel, wer wird bevorteilt, wer ausgeschlossen oder übersehen? Breit diskutiert wird das Ganze hingegen selten. Warum eigentlich? Sollten wir da mal mehr nachdenken? Wir zumindest meinen: Die Digitalisierung der Finanzwelt geht uns alle an!

Herzlich willkommen zur achten Folge des *Digitalgelddickichts*. Mein Name ist Caroline Marburger, ich bin Mitarbeiterin im Projekt *eFin&Demokratie*. Schön, dass Sie zu uns gefunden haben.

Es ist Zeit, sich in unserer Beschäftigung mit dem digitalen Euro der Europäischen Zentralbank, der EZB, zu widmen. Schließlich reden wir hier doch buchstäblich über ihr Geld: über die Einführung eines digitalen Zentralbankgeldes. Oft auch als digitales Bargeld oder als digitales, öffentliches Geld bezeichnet. Oder der internationalen Debatte wegen kurz, wenn auch für Laien zunächst unverständlich als *CBDC*, kurz für: Central Bank Digital Currency. Dieses europäische, in diesem Fall digitale Zentralbankgeld, der digitale Euro, würde eben von der EZB ausgegeben. Genauso wie sie den Papier-Euro und die Euro-Münzen rausgibt, die sie in Deutschland mithilfe der Bundesbank verteilt. Und es lohnt sich, das immer wieder klarzustellen: Mit Bargeld machen Zentralbanken uns öffentliches Geld verfügbar. Alles, das wir auf dem Konto haben oder mit dem wir online zahlen, ist stattdessen privates Geld. Der digitale Euro würde uns öffentliches, also Zentralbankgeld erstmals auch im digitalen Raum zugänglich machen.

In der letzten Folge des Digitalgelddickichts haben wir nochmal betont, dass es ein politisches Projekt der EU ist. Heute fragen wir, welche Aufgaben die EZB bei Entwicklung und Ausgabe des digitalen Euro hat.

Denn wird der digitale Euro erklärt und besprochen, stehen Zentralbanken, ihr Mandat und ihre Aufgaben eher selten im Fokus. Natürlich ist die EZB keine Leerstelle der Debatte. Dass sie den digitalen Euro ausgeben wird, an seiner konzeptionellen und technischen Vorbereitung arbeitet, wird natürlich gesagt. Aber in der Medienberichterstattung verfängt die eher auf Neutralität bedachte Kommunikations- und Informationspolitik der EZB weniger als kritische Stellungnahmen – insbesondere aus der Finanzwirtschaft. Oder Kenntnisse um das konkrete, alltägliche Operieren der EZB werden scheinbar als geläufig vorausgesetzt.

Uns interessiert beides: Aufgaben und konkrete Arbeit, greifen aber auch aus bisherigen Folgen auf, was Politik, Wissenschaft und Geschäftsbanken für Kritik an der EZB üben – oder ggf. was für Hoffnungen sie bezüglich ihrer Rolle hegen, und fragen nach, was die EZB dazu sagt.

Denn die EZB wird von zwei verschiedenen Seiten aus angegangen: 1. seitens derer, die ihr beim digitalen Euro eine zu große Nähe oder zu geringe Kritik an den Geschäftsbanken vorwerfen, 2. auf der anderen Seite von genau denen, nämlich den Banken. Die stellen den digitalen Euro infrage, warnen vor Gefahren und fürchten um ihr Geschäftsmodell.

Was fällt Ihnen spontan zur Europäischen Zentralbank ein? Mein Stand jedenfalls war: Da werden Zinsen rauf- und runtergesetzt, Inflation soll verhindert werden, und das ist alles wichtig für die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wenn EZB-Präsidentin Christine Lagarde das Wort ergreift, fallen Worte wie Leitzins, Stabilität des Euro und Resilienz der europäischen Wirtschaft. Dann noch der asymmetrisch gefurchte Glasturm am ehemaligen Frankfurter Ostbahnhof, direkt am Main, in dem sie sitzt. Mehr hatte ich nicht parat.

Den Passanten, die wir letztes Jahr zu dem Thema befragt haben, ging es zumindest teilweise ähnlich:

[Passant 1]: *„Ich weiß, dass es die gibt und dass sie sich um Geldsachen kümmern.“*

Kurz ein paar Basics: Die Europäische Zentralbank, kurz EZB, gibt es seit 1998. Als sich in den 90er Jahren einige EU-Staaten anschickten, eine einheitliche Währung einzuführen, mussten auch die Voraussetzungen für eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde das Europäische System der Zentralbanken gegründet. Es umfasst die nationalen Zentralbanken aller EU-Länder, darunter die Deutsche Bundesbank,

also der Länder mit und ohne Euro. Nimmt man hingegen nur die 20 Staaten, in denen der Euro Zahlungsmittel ist, die Eurozone, also ohne u.a. Tschechien oder Dänemark, dann spricht man hingegen vom Eurosystem.

Cornelia Manger-Nestler, Währungsrechtlerin und Professorin für Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, HTWK, Leipzig, dazu, was die EZB aus rechtlicher Sicht eigentlich ist:

[Cornelia Manger-Nestler]: *„Es ist die EU-Währungsbehörde, die Europäische Zentralbank. Sie ist eben ein Organ der Europäischen Union. Sie ist in diesem Konstrukt der Wirtschafts- und Währungsunion als das Organ für die Währungspolitik verankert und die EZB steht diesem System vor. Also die EZB ist an der Spitze, sie agiert aber gleichzeitig im Verbund mit den nationalen Zentralbanken der Euro-Mitgliedsstaaten.“*

Vorrangige Aufgabe der EZB war und ist es, die Preisstabilität in der Eurozone zu gewährleisten, den Euro stabil zu halten und qua Leitzins die Inflation auf Maß. Das ist aber trotz aktueller Thematik nicht unser Thema heute. Neben Preis- und Währungsstabilität hat die Behörde am Mainufer nämlich noch weitere Aufgaben, sowohl qua Satzung als auch aufgrund historisch neuer Anforderungen. Wieder Manger-Nestler:

[Cornelia Manger-Nestler]: *„Dann kam die Finanzkrise. Dann sahen wir über Jahre eine Europäische Zentralbank, die plötzlich ganz anders agierte als vorher. Paradigmenwechsel ist ein Wort, was auf viele Belange unserer aktuellen Zeit passt, aber zweifelsohne auf die Rolle von Zentralbanken. Nicht nur die Finanzkrise beschäftigte die Zentralbanken, Covid-19, die Pandemie, die Rettungsprogramme für notleidende Staaten, bis hin zur Rolle in Bankenaufsicht, in Finanzaufsicht, Mikroseite, Makroseite, Systemrisiken. Alles Themen, wo immer wieder die Zentralbanken angesprochen worden sind. Grüne Geldpolitik, ein weiteres Spannungsfeld, und letztendlich ja auch die Digitalisierung, die eben auch vor der Rolle von Zentralbanken nicht Halt macht.“*

Die Aufgaben der EZB haben sich eben seit Arbeitsbeginn nicht reduziert, sondern vermehrt. Auch hier mal wieder der wesentliche Wendepunkt: Die Bankenkrise 2008 folgende, Stichwort Bankenrettung. Im Tandem mit der Staatsschuldenkrise hat die EZB neue Instrumente eingesetzt, neue Aufgaben übernommen. Diskussionen folgten: Lässt die Zentralbank sich da zum langen Arm der Politik machen? Oder steht sie den Geschäftsbanken gar zu nah? Schließlich soll die EZB im Prinzip unabhängig sein. In den 90ern in dieser

Hinsicht nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank modelliert, erstmal die Frage: Was heißt diese Unabhängigkeit genau und was nicht? Cornelia Manger-Nestler dazu:

[Cornelia Manger-Nestler]: *„Die Unabhängigkeit ist erst mal ein prägendes Strukturmerkmal und beruht auf einer ökonomischen Annahme, nämlich darauf, dass man davon ausgeht und dass Ökonomen nachweisen können, dass unabhängige Zentralbanken eine stabilere Geldpolitik an den Tag legen oder produzieren können. Nichtsdestotrotz ist auch das nicht unbestritten. Es ist eine Annahme, und auf dieser Annahme basiert dann ein rechtliches Fundament. Was die EZB eben in finanzieller, in personeller und vor allem in institutioneller Hinsicht unabhängig ausgestaltet.“*

Beim Auslegen dieser Fragen geht es nun weiter: Unabhängigkeit heißt Weisungsfreiheit, also das Verbot für die EZB, Weisungen entgegenzunehmen, als auch Verbot an die Mitgliedsstaaten und die EU, geldpolitische Entscheidungen der EZB zu beeinflussen.

[Cornelia Manger-Nestler]: *„Ihr Ziel besteht in der Preisstabilität und die Preisstabilität wird umgesetzt durch gewisse geldpolitische Instrumente. Diese Arbeitsweise soll sie unabhängig ausführen, und das ist insofern eine Besonderheit im Staatsaufbau, als dass es ja, wenn sie an einen normalen ministeriellen Aufbau denken, eben gerade keine weisungsfreien Räume geben soll. Weil wir vom demokratischen Legitimationsmodell ausgehend sagen: Jede Entscheidung muss sich demokratisch rückführen lassen auf den Souverän, also auf das Wahlvolk. Und das ist genau das Spannungsfeld, was man natürlich bei der Unabhängigkeit hat. Man nimmt eine bestimmte Einrichtung, in dem Fall ein EU-Organ, so weit raus aus diesem Legitimationskettenmodell, dass wir eben genau diesen direkten Legitimationsstrang nicht mehr haben.“*

Gleichzeitig:

[Cornelia Manger-Nestler]: *„Man darf nicht vergessen: Zentralbank ist immer in einen gewissen Rechtsschutz eingebunden. Also eine Ex-Post-Kontrolle geldpolitischer Entscheidungen etwa ist in gewissem Maße möglich. Also, es ist niemals eine Freizeichnung von gerichtlicher Kontrolle. Und es ist auch keine komplette Freizeichnung von parlamentarischer Kontrolle, Stichwort Accountability, also Verantwortung gegenüber eben dem Parlament, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit. Und das läuft in erster Linie eben über eine klare Kommunikation, bisweilen sogar so weit, dass man eben ja auch schon*

vorausschauend gewisse Hinweise gibt, wie sich Zentralbankpolitik entwickeln könnte.

Also ich glaube, sie ist eben eine funktionale Unabhängigkeit. Also sie ist bezogen auf ein ganz klares Ziel, nämlich die Preisstabilität, wobei die EZB selbst definieren kann, was Preisstabilität ist. Und gleichzeitig haben wir klare Leitplanken, wie diese Unabhängigkeit überwacht wird, wie sie kontrolliert wird. Stichwort Rechtsschutz. Das ist ein Unabhängigkeitsmodell, was eben primär auf die Geldpolitik ausgerichtet ist. Das kann in anderen Aufgabenbereichen anders aussehen.“

Ihre Unabhängigkeit soll sicherstellen, dass die EZB in der Lage ist, ihr Ziel der Preisstabilität effektiv zu verfolgen, ohne politische Rücksichten zu nehmen oder kurzfristige Interessen zu berücksichtigen. Basierend auf ökonomischen Vorannahmen, die diese Unabhängigkeit begründen. Geht es allerdings um andere Arbeitsbereiche, liegen die Dinge etwas anders, zum Beispiel in der Bankenaufsicht, die der EZB übertragen wurde, die aber auch viel stärker und schärfer reguliert wird.

Ich habe mich in der EZB mit Jürgen Schaaf, Berater der Geschäftsleitung im Geschäftsbereich Marktinfrastrukturen und Zahlungsverkehr, zum Gespräch getroffen. Er befasst sich in dieser Funktion inhaltlich auch mit weiteren Fragen des Zahlungsverkehrs, aber eben auch wesentlich mit dem digitalen Euro.

Caroline Marburger [cm]: „Herr Schaaf, EZB-Kritiker, die sich die Geldpolitik und das Mandat der EZB ansehen, meinen, dass, einst primär mit der Preisstabilität betraut, sich die Aufgaben der EZB beständig – und in ihren Augen tendenziell problematisch – ausweiten. Und der digitale Euro sei da ein weiterer Schritt in diese Richtung. Was würden Sie dazu sagen?“

[Jürgen Schaaf]: „Ja, erstmal vielen Dank, dass wir uns treffen können und über den digitalen Euro reden. Die Aufgaben, die die EZB so wahrnimmt, die sind deutlich breiter und tiefer, als man es so in der Regel mitkriegt. Das Prominenteste und Wichtigste ist in der Tat die Wahrung der Preisstabilität. Das ist das primäre Mandat. Wir versorgen die Bevölkerung eben in der Zusammenarbeit mit den nationalen Zentralbanken mit Bargeld. Wir betreiben Infrastrukturplattformen für Abwicklung vom Interbankenzahlungsverkehr und wir machen noch einige Sachen mehr: Wir machen die Bankenaufsicht. Und das ist alles in den Verträgen geregelt. Und für den Zahlungsverkehr heißt es im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Artikel drei sowie der Satzung von den Zentralbanken: „Das Eurosystem hat die gesetzliche Aufgabe, das reibungslose Funktionieren der Zahlungs- und Abwicklungssysteme zu

fördern.“ Also, das ist eine Aufgabe, die ist uns auf Verfassungsniveau Europas zugewiesen. Da ändert sich ein bisschen was im Detail, weil der Aggregatzustand des Bargeldes ist ein anderer als des digitalen Euros. Aber mandatiert sehen wir uns da.“

Mit der Entwicklung und Ausgabe eines digitalen Euro würde man, so der Gedanke, dann also der gesetzlichen Pflicht, das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu gewährleisten, gerecht werden. Mandatsüberschreitung aus EZB-Sicht erstmal nein.

Damit die EZB den digitalen Euro überhaupt ausgeben kann, braucht es aber zunächst den gesetzlichen Rahmen der EU. Der Gesetzgebungsprozess steckt derzeit noch in der Frühphase, und wie der en detail abläuft und wo der gerade steht oder vielmehr stockt, war Thema der letzten Folge.

Aber: Parallel und mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess lief in der EZB seit 2021 eine sogenannte Untersuchungsphase, es wurden Prototypen in verschiedenen Anwendungsfällen getestet. Der EZB-Rat, 6 Direktoriumsmitglieder und die Präsidenten der Euro-Zentralbanken, hat im Herbst letzten Jahres, also 2023, beschlossen, nächste Schritte zu unternehmen. Am 1. November wurde nach der Untersuchungs- eine erste Vorbereitungsphase von zunächst wieder 2 Jahren eingeleitet.

Analysen, Tests, Experimente und Konsultationen mit Beteiligten sollen wieder sicherstellen, dass der digitale Euro Qualitäts- und Sicherheitskriterien erfüllt und benutzerfreundlich wird. Basierend auf den Ergebnissen dieser Phase wird dann im EZB-Rat Ende 2025 wieder entschieden, ob eine zweite Vorbereitungsphase eingeleitet wird. Eine finale Entscheidung der EZB zur Ausgabe eines digitalen Euro würde erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens erfolgen. Man ahnt es: Wir reden hier von mindestens ein paar Jahren. Und während das Design, also grob: Entwurf und technische Gestaltung eines digitalen Euro, Thema einer anderen Folge sein wird, widmen wir uns heute der Arbeit der EZB vis-à-vis der EU-Legislative und vis-à-vis der Geschäftsbanken und Finanzindustrie. Denn reibungsfrei ist das nicht immer.

Wie sich die Kooperation aus Sicht der EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier im Währungs- und Wirtschaftsausschuss so darstellt, habe ich einige mal gefragt.

Markus Ferber, CSU, von der Europäischen Volkspartei, hatte im Herbst 2023 gar gemeinsam mit weiteren 5 Abgeordneten der noch rechtskonservativeren Fraktion EKR einen Brief an die EZB verfasst, die darum bat, sich nicht dazu zu entscheiden, die Vorbereitungsphase einzuläuten. Daraufhin befragt, sagte er:

[Markus Ferber]: „In der Tat habe ich so einen Brief mit unterschrieben, weil mir das großes Anliegen ist, das Primat der Politik zu achten. Die Europäische Zentralbank hat heute keine Rechtsgrundlage, was anderes als Bargeld auszugeben. Dazu ist sie legitimiert. Und unsere Sorge ist, dass wir, ohne dass die politischen Entscheidungsprozesse verfolgt werden, die EZB einen bestimmten Weg voranschreitet. Das muss aber jetzt erst mal vom Gesetzgeber festgelegt werden. Was ist wirklich der Anwendungsfall des digitalen Euro? Und darauf hat dann die EZB ihren digitalen Euro zu konstruieren, und nicht sie konstruiert was, und wir müssen das als Gesetzgeber dann schlucken.“

Fabio Panetta, damals das zuständige Mitglied des EZB-Direktoriums, antwortete, dass es eben eine Vorbereitungs-, keine Realisierungsphase sei, die EZB keine Entscheidung fälle, solange es keine finale Gesetzgebung aus Brüssel gebe. Es gehe um technische Vorbereitungen und Entwicklung, die Zeit beanspruche und wiederum den Gesetzgebungsprozess informieren könnten. Dass aber nötige Anpassungen des Designs, die vom Gesetzgeber gefordert würden, berücksichtigt würden. Wie sind diese Ausführungen bei Ferber angekommen?

[Markus Ferber]: „Die haben mich nicht beruhigt, weil: Er schreibt natürlich sehr formal richtig. Natürlich haben wir das politische Prä, aber er hat ja trotzdem die nächste Phase in der EZB eingeläutet. Ganz unabhängig von unserem Brief. Das hat natürlich schon zu großer Verärgerung bei uns geführt.“

Dass konservative und rechtskonservative Parteien die Arbeit am digitalen Euro gerne zumindest gebremst, wenn nicht ganz ad acta gelegt, sehen würden, hatten wir in der letzten Folge angerissen. Dass die EZB gehalten ist, im Austausch zu sein, aber eben auch nicht der Bitte eines kleinen Kreises von EU-Parlamentariern folgen kann oder folgt, ist auch klar. Joachim Schuster von der SPD bzw. der S&D-Fraktion ist aber irgendwie auch der Ansicht, die Legislative würde zu wenig informiert und gefragt:

[Joachim Schuster]: „Naja, ich finde es schon fragwürdig, dass die EZB so voranschreitet und meint, nicht das Parlament entsprechend beteiligen zu müssen, weil die Berichte, die wir kriegen, sind, naja, sagen wir es mal so, durchaus nicht sehr tiefgehend, so dass man wirklich sehen kann, auf welcher Basis mit welchen Bedenken und mit welchen Argumenten die EZB genau argumentiert. Ob es schlau ist, also bei dieser eminent wichtigen politischen Frage, ob man einen digitalen Euro einführt, meint, so lange einfach vorangehen zu können, das finde ich schon schwierig. Weil: Es geht nicht darum,

dass es so ein technisches Detail ist, ob man einen digitalen Euro einführt, sondern es ist eine vehement politische Frage.“

Auf diese Vorwürfe hingewiesen, entgegnet Jürgen Schaaf nochmal:

[Jürgen Schaaf]: *„Die Entscheidung, jetzt in die nächste Projektphase zu gehen, ist keine Entscheidung, den digitalen Euro zu emittieren. Und alle Kommunikation, Pressemitteilungen, Reden, Artikel, andere Präsentationen, die wir gemacht haben, als diese Entscheidung vom Governing Council getroffen worden ist, dass wir die nächste Phase betreten, mit mehr Mitarbeitern und mehr Geld oder definiertem Budget. Da war immer diese Aussage ganz klar dabei: Es ist noch keine Entscheidung gefallen, und dazu haben wir immer gesagt, gebetsmühlenartig: Wir werden keine Entscheidung fällen, bevor der Gesetzgeber nicht seine Beratungen abgeschlossen hat. Weswegen es auch schwierig ist zu sagen, wann denn eine Entscheidung gefällt wird, weil wir eben so viel Respekt vor dem Gesetzgeber in der Frage haben.“*

Er erklärt, warum die EZB denn trotz unvollendetem und stockendem Gesetzgebungsprozess weiterarbeitet:

[Jürgen Schaaf]: *„Wir haben zeitliche Restriktionen, wie weit wir mit der Entwicklung der Prototypen dann irgendwann sind. Aber die andere Restriktion ist auch, dass wir nicht ohne den Segen des Gesetzgebers da vorpreschen würden. Zugleich, und das ist dann die praktische Frage, deswegen haben wir diese hybride Lösung gemacht, dauert das halt sehr lange. Und wenn wir jetzt warten würden, bis der Gesetzgebungsprozess vorbei ist, da würden ein paar Jahre ins Land gehen, und dann fangen wir erst an und brauchen aber auch noch mal etliche Jahre. Dann wird es wirklich ein sehr, sehr zeitaufwendiges Unterfangen. Und dieses Hybride, wir machen jetzt weiter, mit dem Risiko, dass es vielleicht dann doch nicht käme, war in der Gesamtschau das Beste.“*

Und wenn sich der Gesetzesentwurf, durchaus erwartbar, grundlegend ändert? Dann müsste sich doch die EZB entsprechend umorientieren? Die Gefahr, dass durch die EZB unwiederkehrbare Tatsachen geschaffen werden, sehen Sie nicht?

[Jürgen Schaaf]: *„Da wird es einen ständigen Austausch geben. Also die, der erste Gesetzesentwurf, der fand ja auch schon statt in einem Austausch mit uns. Nicht, dass wir das dominieren, aber so wie man auch mit den Marktakteuren reden muss, was geht? Was ist die Konsequenz, wenn ich an der Stelle den Pfad einschlage? Was ist die Konsequenz, wenn ich einen anderen Weg gehe? Wenn*

jetzt Änderungen vorgenommen werden, wenn bestimmte Kalibrierungen vorgenommen werden, von wem auch immer, dann: Da muss es einen Austausch geben, was geht. Und wir sind absolut gewillt, das in Harmonie über die Bühne zu bekommen.“

Zunächst selber irritiert vom Nebeneinander der Prozesse leuchtet mir das zeitliche Argument ein. Dass man gewisse technische und organisatorische Fragen in diesem Großunterfangen eben klären, studieren und erproben muss, um bei einer Entscheidung dem potenziellen Ziel schon näher zu sein. Um bei Ausgabe eines digitalen Euro nach erfolgter Gesetzgebung einigermaßen zügig auch ein satisfaktionsfähiges, sicheres Produkt anzubieten.

Henrike Hahn, Schattenberichterstatterin zum digitalen Euro für ihre Fraktion Die Grünen / EFA im Wirtschafts- und Währungsausschuss, schätzt die Kooperation mit der EZB auf Arbeitsebene positiver ein als ihre Kollegen, sieht allerdings an anderer Stelle Anlass zur Kritik:

[Henrike Hahn]: *„Also ich von meiner Seite aus finde die Zusammenarbeit mit der EZB zum digitalen Euro sehr gut. Vor allem die technische Unterstützung bei den Verhandlungen finde ich sehr gut. Manchmal würde ich mir allerdings noch wünschen, dass die EZB bei ihrer Arbeit einem breiteren Feld an Stakeholdern genauer zuhört. Die Bankenverbände, die sind in den Steuerungsgremien zum digitalen Europrojekt überproportional vertreten. Zum Beispiel EuroRetail Payments Board oder Single Rule Book Working Group: Im Vergleich zu den Nichtbanken, den Verbraucher:innen und dem Einzelhandel und Startups, SMEs und Non-Profit-Initiativen und NGOs, zum Beispiel zum Datenschutz, die finden meiner Meinung nach immer noch viel zu wenig Gehör in den Entscheidungsprozessen der EZB. Das müsste anders sein, es müsste ausgeglichener sein.“*

SMEs sind bei uns KMUs, also kleine und mittlere Unternehmen. Diese, Einzelhandel, NGOs, Non-Profits und Verbraucher:innen und Verbraucher kämen also bei der EZB im Vergleich zu Bankenvertretern, ja selbst anderen Playern der Finanzindustrie tendenziell zu kurz.

[Henrike Hahn]: *„Das heißt in der Konsequenz, diese Position müssen wir natürlich als Gesetzgeber sorgfältig anhören. Machen wir sowieso, aber auch, um das noch mal zu kompensieren. Und damit müssen wir arbeiten. Aber von einer demokratischen Zentralbank wie der EZB würde ich trotzdem einfordern, eine Ausgewogenheit strukturell auch schon bei der Entscheidungsfindung klar besser einzubringen, damit wir hier zu guten Ergebnissen kommen.“*

Ich bin mit ähnlichen Beobachtungen in mein Gespräch mit Jürgen Schaaf gegangen. Er verteidigt da die EZB:

[Jürgen Schaaf]: „*Wir haben extrem viel Austausch mit verschiedenen Gremien, die zum Teil dann die Repräsentanten der europäischen Gesetzgebung sind. Also Kommission, Parlament und Rat haben wir sehr viele und regelmäßige Austausche, und die repräsentieren ja die Bevölkerung. Also, das ist der Auftrag der Parlamentarier. Und dann in der Ableitung der Regierung und Regierungsvertreter, die vertreten die Bevölkerung. In der ersten Phase des Projekts hatten wir zehn Sitzungen bei der Eurogruppe, also Vertreter der Mitgliedstaaten, wenn Sie wollen. Wir hatten neun Anhörungen im Europäischen Parlament. Und wir hatten eine Koordinierungsgruppe gebildet mit der Kommission, da hatten wir 20 Sitzungen in einem Jahr. Dann kommen die Marktteilnehmer. Es gibt eine Gruppe von Marktteilnehmern, die sind sehr laut und sehr gut organisiert. Und ähnlich wie bei dem Elfenbeinturm unter den Akademikern will ich die Lobbyarbeit überhaupt nicht schlecht machen, das ist ganz wichtig. Aber die besser Organisierten sind lauter und dann kann ein bisschen der Eindruck entstehen, dass die stärker gehört werden. Die werden gehört, die müssen gehört werden, weil sie eine große Rolle spielen. Aber dass es einen inhaltlichen Bias gibt, würde ich nicht sagen. Wir haben zum Beispiel in dem Euro Retail Payment Board Vertreter der Banken – also das sind Lobbygruppen -, Vertreter der Banken, der Zahlungsverkehrsanbieter, aber auch Konsumentenvertreter. Also da kommen beide, die Angebots- und die Nachfrageseite, zusammen. Da hatten wir 13 Sitzungen in der ersten Phase des Projekts. Dann hatten wir eine Marktberatungsgruppe. Da waren vor allen Dingen Zahlungsverkehrsanbieter, Banken. Da haben wir vor allen Dingen Fachwissen versucht zu akquirieren. Nicht so sehr in Richtung, wer profitiert oder so, da geht es um Fachwissen, da gehört das auch hin.“*

Es ist nachvollziehbar, dass bei der Entwicklung und Koordination eines Zahlungsverkehrssystems Finanzdienstleister:innen ins Beratungsgremium geholt werden. Insbesondere wenn es ganz dezidiert und transparent um die Einholung von deren praktischer Expertise geht. Dass andere Expert:innen und Experten hingegen vergleichsweise selten oder in Unterzahl mit am Tisch eines sich als neutral gerierenden EU-Organs sitzen, stimmt dennoch nachdenklich. Allerdings sucht die EZB von der Idee her in Veranstaltungen Kontakt zu anderen Gruppen darüber hinaus.

[Jürgen Schaaf]: „*Dann sind wir regelmäßig auf Veranstaltungen, sehr oft von Banken organisiert, Payment Konferenzen. Da hatten wir wahrscheinlich 100 bis*

150, wo verschiedene Leute dann gesprochen haben. Das ist ein Austausch, da sind viele Leute aus der Industrie, aber die sind ja meistens auch in der Doppelfunktion da, weil das sind auch Bürger. Und dann haben wir außerdem ganz konkret auch noch mal den Austausch mit Zivilgesellschaften gesucht, machen regelmäßig Seminare, NGOs, Vertreter der Zivilgesellschaft haben wir in dem ersten Projektjahr vier Seminare gemacht. Die wurden alle gestreamt, und da konnten die dezidiert nichtbanknahen NGOs konnten ihre Positionen präsentieren und hatten Austausch mit uns. Und dann haben wir sehr viele Veranstaltungen, kleinere Seminare. Wir gehen raus, wir diskutieren. Wir beide diskutieren jetzt hier. Wer da jetzt letztendlich zuhört, wissen Sie besser als ich. Aber es sind jetzt nicht zwingend dann die Banken.“

Dass Bäckerinnen und Bäcker auch Bürgerinnen und Bürger sind, stimmt zwar, aber das hebt natürlich nicht aus, dass sie einer ganz bestimmten Interessengruppe angehören. Wir hatten es in Folge 6 erörtert: Es braucht die Expertise der Finanzdienstleister beim Umgang mit Endkundinnen und Endkunden. Sachzwängen geschuldet und inhaltlich nachvollziehbar, hat das Ganze angesichts der nicht rein finanzwirtschaftlichen, sondern eben gesellschaftspolitischen Fragestellung dennoch Schlagseite.

Schließlich ist es ein Unterschied, ob sich Zivilgesellschaft und EZB zu einem Thema stichprobenartig austauschen oder Vertreterinnen der Finanzindustrie regelmäßig in einem Beratungsgremium zu Rate gezogen werden. Denn sie vertreten eben auch Institutionen mit ökonomischem Eigeninteresse und dem Geldbeutel, um separat davon – es wurde gesagt: gut organisiert und laut – Interessenpolitik zu machen.

Und da liegt ein Dilemma: Autoren der journalistischen Plattform *Follow the Money* unterstrichen in einem Artikel Ende Februar, jüngst auch auf Deutsch erschienen, dass das massive Lobbying der Geschäftsbanken den digitalen Euro zu torpedieren drohe. Gesprochen haben sie dabei auch mit Anna Martin vom Europäischen Dachverband des Verbraucherschutzes – der in EZB-Gremien vertreten ist. Die Autoren schreiben:

[Follow the Money]: „Die Kommission und die EZB seien offen für Stimmen von außerhalb der Finanzbranche, sagte Martin – aber da die finanziellen Mittel begrenzt seien, könne nur eine kleine Anzahl von Nichtregierungsorganisationen daran arbeiten, erklärte sie. Dies bedeute, dass Gesetzgebende, die fast ausschließlich mit Lobbyist:innen der Branche über den digitalen Euro sprechen, Gefahr liefen, die Position der Banken mit der „Ansicht einer überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft“ zu verwechseln, so Martin.“

Jetzt scheint es die EZB freilich keinem recht machen zu können. Die eine Seite wirft ihr also vor, die Finanzindustrie zu stark in ihre Beratungen und Prozesse einzubeziehen. Andere, themenspezifische NGOs, Start-ups oder Kleinunternehmer:innen hingegen zu vernachlässigen. Fordern von der EZB ein stärkeres Bewusstsein für solche Schieflagen.

Gleichzeitig, obwohl vergleichsweise prominent in EZB-Gremien und somit am Verhandlungstisch mit vertreten, äußern sich Geschäftsbanken nicht sonderlich positiv über das EZB-Projekt Digitaler Euro. Sie kritisieren und äußern Befürchtungen, argumentieren mal hitzig, mal ausgewogen. In den Folgen 5 und 6 haben wir versucht, diese Sorgen darzustellen. Sie warnen vor Gefahren für die Finanzstabilität, zeigen auf, wie teuer die Umrüstung auf den digitalen Euro für sie würde.

Ist das jetzt legitime Sorge? Oder trägt der digitale Euro im derzeitigen Entwurf den Sorgen der Geschäftsbanken nicht bereits stark Rechnung und handelt es sich daher um eine gezielte Abwehrreaktion, gar Taktik?

[Jürgen Schaaf]: *„Die Wahrheit liegt dazwischen. Die Warnung per se und darauf schauen ist legitim. Das haben wir aber auch schon von Anfang an so gemacht. Also die theoretisch mögliche Sorge, die die Banken immer noch vortragen, die haben wir schon berücksichtigt in unseren ersten Veröffentlichungen im Oktober 2020. Das war ein Kernstück der ersten konzeptionellen Arbeiten. Mit Blick auf diese Risiken, die wir auch gesehen haben, haben wir im Zeitablauf in den vergangenen inzwischen vier Jahren fast, ein paar Designmerkmale eingefügt, entworfen. Die sind kommuniziert, die die Sorge der Banken an und für sich schon prinzipiell sehr unwahrscheinlich bis unplausibel machen.“*

Zum Ersten ist da der Vorwurf der befürchteten Einlagenabflüsse, die den ganz normalen Banken drohe. Kundinnen und Kunden würden, was sie auf dem Girokonto haben, zugunsten des Zentralbankgeldes als sicherstem und liquidestem Asset abziehen. Würden sehr viele Kontoinhaber ihr Vermögen in den digitalen Euro umschichten, dann gefährde das die Handlungsfähigkeit der Banken. Weswegen die EZB erwägt, den Pro-Kopf-Maximalbesitz an digitalem Euro zu begrenzen.

[Jürgen Schaaf]: *„Wir haben den Bankensektor natürlich viel sicherer gemacht in den vergangenen 100, 150 Jahren, und beim digitalen Euro konkret ist ganz wichtig und entscheidend dazu gekommen, dass wir gesagt haben. Es gibt ein Holding-Limit auf Englisch. Das heißt, wenn Sie als Bürger den digitalen Euro halten, wird es eine Grenze geben, wie viel Sie auf dem Wallet haben. Die Grenze wird noch festgelegt werden, ist nicht ganz klar. Wir haben immer mal mit einer*

Zahl gespielt: 3000. Ich kann gleich noch mal sagen, woher die kam. Das wäre so das Maximale, was man so halten kann. Dann ist das Ganze so vorgesehen, dass Sie den digitalen Euro vor allen Dingen zum Bezahlen benutzen. Das heißt, Sie verbinden es mit einem Bankkonto im Normalfall. Wenn Sie jetzt bezahlen, ziehen Sie von Ihrem Bankkonto das Geld ab und bezahlen dann Ihren Empfänger im digitalen Euro. Sie müssen dann auf dem Wallet gar nichts halten. Und last but not least: Für Unternehmen sehen wir vor, dass die gar nichts halten dürfen. Dieses Haltelimit entfällt. Weil das tatsächlich auch daher kommt, dass wir ansonsten dem Bankensektor zu viel Liquidität abgezogen hätten.“

[cm]: Und wie kam es zu dieser Summe von 3000 Euro? Sie wurde einst von der EZB ins Spiel gebracht und wurde seitdem immer wieder aufgegriffen.

[Jürgen Schaaf]: *„Das war eine erste theoretische Studie, die, um das besser berechnen zu können, einfach mal den Bargeldumlauf in der Eurozone genommen hat und geteilt hat durch die Einwohner der Eurozone. Das sind derzeit ungefähr 350 Millionen Einwohner. Und wenn Sie das zu der Zeit, als wir das gemacht haben, durchgerechnet haben, kamen sie auf ungefähr 3.000 € pro Bürger. Das hat sich so in der Debatte verfestigt und wird aber nach noch anstehenden Studien, Berechnungen genauer kalibriert.“*

In Deutschland spielen Raiffeisenbanken, Volksbanken und Sparkassen, die anders operieren als Großbanken, eine nicht unwesentliche Rolle, ihre Ängste sind andere. Größere Banken, so mein Eindruck, lassen die kleineren Banken da gerade ganz gerne das Wort führen, weil ihr Drohszenario glaubhafter ist. Oder?

[Jürgen Schaaf]: *„Zu den Banken, insbesondere den kleineren Banken und den Berechnungen, die die gemacht haben. Nochmal: Das Ganze ist vom Design so, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass die Leute in ihrem Wallet statt auf dem Bankkonto Geld halten werden. Ich weiß nicht, benutzen Sie PayPal?“*

[cm]: „Ja, leider.“

[Jürgen Schaaf]: *„Wie viel haben Sie auf Ihrem PayPal-Wallet?“*

[cm]: „Nichts.“

[Jürgen Schaaf]: *„Wissen Sie, wo das Haltelimit liegt?“*

[cm]: „Nein, nicht mal.“

[Jürgen Schaaf]: „Es wird nicht genutzt. Die Leute haben zudem eine Präferenz dafür, ihre Liquidität zu poolen, also in einem Topf zu haben. Viele haben verschiedene Kreditkarten, aber versuchen doch – es ist natürlich – die Zahl der genutzten Karten zum Beispiel zu minimieren, nicht so viele Konten im Privatbereich zu haben, damit man den Überblick nicht verliert. Also in der Gesamtschau ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Leute im großen Stil Geld vom Konto nehmen und es auf dem digitalen Euro-Wallet parken, relativ gering. Das ist das Erste. Das Zweite: die Berechnung, die die Banken gemacht haben. Die sind mitunter methodisch nicht sehr stark gewesen. Also erstmal wurde als Prämisse damit gearbeitet, dass alle Kunden das gesamte Geld auf den digitalen Euro tun. Also wirklich alle Kunden, die gesamten 3000€. Diese Studie, die wussten noch nicht mal, ob diese Kunden, denen sie die Überweisung von 3.000 € unterstellen, 3.000 € auf dem Konto haben. Also da fehlten die Daten, und dann wurden irgendwelche großen Kalkulationen gemacht, um das aufzubauschen.“

Dass die Leute das umtauschen in digitalen Euro, also in Zentralbankgeld, da muss man ein bisschen breiter draufgucken und auch Bargeld mit reinnehmen. In den Jahren der Nullzinsphase und auch vorher in der Staatsschuldenkrise hatten wir das Phänomen, dass sehr viele Leute sehr viel Bargeld abgehoben haben, und zwar in einer Größenordnung, die wir mit dem digitalen Euro sicher nicht erreichen würden. Zwischen 2007 und 2021 stieg der Eurobanknotenumlauf von 630 Milliarden € auf 1,57 Billionen. Also dieser Anstieg, das ist Geld, das von den Bankkonten ins Bargeld gegangen ist. Der Hauptgrund war, dass es keine Zinsen gab. Beziehungsweise, es gab dann irgendwann Negativzinsen, auch für Privatanleger. Und diese Dimension ist eine, die vom digitalen Euro realistischlicherweise nicht aufkommen wird. Aber da gab es keine Klage der Banken zu hören. Das ist so ein bisschen ein Hinweis, dass da vielleicht noch eine andere Sorge dahinter liegt. Aber: Das Klappern gehört zum Handwerk, das ist in Ordnung. Aber prinzipiell ist die Sorge nicht richtig verteidigbar.

Gleichzeitig gäbe es auch Maßnahmen, mit denen Banken eigenhändig solchen Abflüssen entgegensteuern könnten.

[Jürgen Schaaf]: „Der digitale Euro soll nicht verzinst werden. Das heißt, die Bank oder ein Anbieter mit seinem Depot kann dem Kunden Zinsen geben, die ihn eigentlich dazu verleiten, das Halten vor allen Dingen auf dem Bankkonto zu machen. Die Argumente wie, dass die Banken natürlich Zinsen geben können. Das war etwas kniffliger in der Zeit, als wir Nullzinsniveaus hatten, aber momentan, wenn die Anleger die Wahl haben zwischen einem erträglichen Zins

und dem Nullzins auf einem Wallet, ist es durchaus plausibel, dass sie sich für die Zinszahlung entscheiden. Das heißt aber auch, dass die Banken es ein Stück weit in ihrer Hand haben.“

Für Nutzerinnen und Nutzer des digitalen Euro gäbe es mehrere plausible Gründe, nicht gleich alles in den digitalen Euro umzuschichten, selbst wenn er kein Haltelimit haben würde. Aber wie sieht es beim Szenario der Einführung mit der Kalibrierung zwischen Groß- und Kleinbanken aus?

[Jürgen Schaaf]: „*Wir werden noch mal in den nächsten Monaten und eventuell Jahren genauer durchrechnen, was, sagen wir mal, das Maximum wäre, was wir anfänglich schon gemacht haben, und das werden wir genauer machen. Und da muss man aber noch mal unterscheiden zwischen dem Maximum, was tragbar wäre, was der Bankensektor in Gänze erträgt, und dem, was wahrscheinlich ist. Also meine ganzen Argumente, die versucht haben zu entkräften, was die Kritik anbricht, das sind Plausibilitätsüberlegungen, und die zielen auf das, was wahrscheinlich ist. Die Berechnungen werden verschiedene Szenarien durchspielen, aber da geht es dann auch vor allen Dingen darum, was wird denn maximal denkbar. Und da jetzt schon in weiser Vorausschau könnte ich sagen: Das maximal Mögliche, das maximal Beherrschbare ist nicht das maximal Plausible.“*

Eine andere Sorge ist ja immer, dass es natürlich für die EZB unglaublich viel Geld kostet, dieses ganze Projekt an den Start zu bringen. Aber natürlich, angesichts der Veränderung, die das auch für Geschäftsbanken bedeuten würde, würde das auch für die Kosten. Müssen Banken mit Einbußen rechnen oder sich um diese Entwicklungskosten sorgen, die sie in den digitalen Euro stecken?

[Jürgen Schaaf]: „*Vielleicht als Eingangstatement in dem Kontext: Wir alle und auch die Banken müssen sich von der Vorstellung verabschieden, dass wir in der Welt des Weltspartags und des Sparbuchs von 1980 stehen bleiben können. Also, ob der digitale Euro kommt oder nicht, es wird was passieren, es werden andere kommen. Das sind nicht nur Banken, das können Big Tech sein, das können Stablecoinanbieter sein. Also da kommt was – global – und so zu tun, weil der digitale Euro jetzt eine europäische Alternative bringt, wäre jetzt das große Problem, das ist ein bisschen naiv. Müssen sie sich auf jeden Fall einstellen und sie müssen investieren.“*

Die schöne neue Bezahlwelt. Traditionelle Geschäftsbanken geraten von verschiedenen Seiten aus unter Innovationsdruck. Der digitale Euro mag auch solchen Innovationsdruck ausüben, aber ist eben auch als Schutzmechanismus

für die europäische Finanzindustrie gedacht und verspricht zumindest, steht er einmal, europäischen Banken mehr und ertragreichere Innovationen zu erlauben. Aber wie?

[Jürgen Schaaf]: „Was wir versuchen werden, ist, bei allen Investitionsanforderungen, was den Privatsektor angeht, die Banken, Finanzdienstleister und so weiter, soweit es geht, bestehende Infrastrukturen zu nutzen. Also, wir haben beispielsweise schon ein Echtzeitabwicklungssystem für den Retailbereich. Jetzt gibt es den verpflichtenden Einsatz von Instant Payments. Da werden dann bestimmte Verfahren genutzt und Infrastrukturen genutzt. Das wird dann auch schon sein. Wir werden versuchen, das auch zu nutzen. Je nachdem, wie die Frontendlösung sein wird, wäre es schön, wenn bestehende Geräte genutzt werden und einfach nur ein weiterer Kanal da einzusetzen wäre. Das haben wir im Blick. Also, die Investitionskosten, die kommen werden, versuchen wir so gering wie möglich zu halten. Zweitens werden wir die Abwicklung vornehmen, auf unsere Kosten. Das heißt, was so zwischengeschaltet ist, je nachdem, mit welchem Bezahlverfahren sie bezahlen, da sind ja drei oder vier private Anbieter, die etwas an dem Kuchen mitverdienen. Das wird reduziert. Das wird sich auswirken auf die Kosten am Ende und es eröffnet natürlich auch Spielraum für diejenigen, die drinbleiben. Also, wenn wir drei oder vier Player rausnehmen, Schichten rausnehmen: Die, die bleiben die europäischen Banken und Zahlungsverkehrsanbieter, da ist ein bisschen Spielraum. Die Kosten werden sich reduzieren, weil wir die Abwicklung übernehmen, und dann: die Kompensationsfrage. Uns ist natürlich klar: Wenn die Intermediäre, damit meinen wir Banken und Zahlungsverkehrsanbieter, wenn die keinen finanziellen Anreiz haben, das zu machen, wird es sehr schwer. Das heißt, was wollen die haben? Wie hoch die Gebühren sind, die der Endkunde nicht zu bezahlen hat, das steht noch aus.“

Das heißt: Ich und Du werden Zahlungen mit dem digitalen Euro umsonst und gebührenfrei tätigen. Anders sieht es für Zahlungsverkehr zwischen Zahlungsdienstleistern und für Händler:innen und Händler aus. Um diese Gebühren geht es hier:

[Jürgen Schaaf]: „Unsere Vorstellung ist, dass es niedriger ist als das, was jetzt gerade so im teuren Bereich stattfindet, aber auch deutlich höher als Null. Damit die Vermittler einen Anreiz haben, das auch zu verbreiten. Die, die jetzt wahrscheinlich von den Gebühren betroffen sind, Händler und Restaurants et cetera, die hätten das ganz gerne auf Null. Verständlich. Aber das sind dann so ein paar Zielkonflikte. Da kommen verschiedene Interessen zusammen und es

ist durchaus nachvollziehbar, dass die, die es vertreiben, auch ein bisschen was verdienen wollen.“

Aber selbst für Händlerinnen und Händler könnten Zahlungen mit digitalen Euro – trotz Gebühren – attraktiv sein, und zwar im Vergleich zu anderen digitalen Zahlungsformaten: Inwiefern?

[Jürgen Schaaf]: *„Dieses Optionsmodell digitaler Euro das heißt nicht, dass die anderen nicht weiter am Markt bleiben. Aber was ganz wichtig ist: Wenn Sie die Möglichkeit haben, auszuweichen auf ein öffentliches Gut digitaler Euro, der prinzipiell kostengünstig und für den Endnutzer kostenlos ist, das verhindert eine zu starke Konzentration und Machtballung Einzelner, die dann, wenn sie dann erst mal den Markt beherrschen, die Preise in die Höhe treiben. Also wir kennen es im digitalen Bereich: Viele Angebote gehen in den Markt, sind kostenlos. Die Anbieter sind am Anfang nicht kostendeckend unterwegs. Wenn sie dann die Platzhirsche sind, dann gehen die Gebühren nach oben.“*

Will man in solchen Fällen als Händler protestieren, können sie derzeit, zumindest im vergleichsweise bargeldfreundlichen Deutschland, noch einigermaßen problemlos entscheiden, gegen den Strom zu schwimmen und doch nur Bargeld anzunehmen.

[Jürgen Schaaf]: *„Wenn die Gebühren zu teuer würden von den Kreditkartenfirmen, von den Kartenanbietern, sagen viele: Dann bezahle ich in bar. Also habe ich jetzt anekdotisch beobachtet, dass einige Restaurants die Kartenakzeptanz einstellen, um die erhöhte Mehrwertsteuer zu kompensieren, und auf Bargeld wechseln. Der Fakt, dass sie das können, hält den Preiserhöhungsdurst von privaten Anbietern in Schach. Und wenn das Bargeld aber immer weiter zurückgeht und diese Möglichkeit immer weniger effektiv wird, brauchen Sie ein anderes Instrument, um diese Effizienz und den Preishunger und den Preiserhöhungshunger der Privaten, wenn sie Macht haben, in Schach zu halten.“*

Unverzinsten Aufbewahrung, zumindest irgendein Haltelimit und gewisse, wenn auch niedrige Gebühren – diese Gestaltungsmerkmale des digitalen Euro sind klare Antworten auf die Sorgen der Banken. Es ist auch das, was derzeit seitens der EZB in Sachen Finanzstabilität, die ihre Aufgabe ist, für sinnvoll gehalten wird. Notwendig für den Erfolg eines digitalen Euro. Aber einerseits gibt es Stimmen, auch aus der Ökonomie, die Haltelimits beispielsweise für die Finanzstabilität nicht für notwendig halten. Sie meinen, die Geschäftsbanken würden zu sehr geschont. Andererseits suggerieren die Stellungnahmen von Geschäftsbanken,

es gäbe diese Zugeständnisse gar nicht. Sie signalisieren bestenfalls Kooperationswillen und treten eher als ewig Warnende auf.

Und dann ist da noch die Frage, die an Folge 6 anknüpft: Wer hat denn nun künftig die Hand auf den Zahlungsinfrastrukturen? Den Finanzdienstleistern wird nämlich zusehends klar, dass der digitale Euro nicht einfach nur ein neues Zentralbankgeld sein wird, sondern, soll es erfolgreich zirkulieren, einer Zahlungsinfrastruktur bedarf. Banken halten den Aufbau eines solchen Zentralbankzahlungssystems aber für überflüssig oder zu weitgehend.

Aber auch ein Hörer oder Hörerin schrieb uns: Bei digitalen Euro klinge es „*immer so sehr nach Revolution und umständlichem kompletten Neubau anstelle von sinnvoller Weiterentwicklung [oder] Evolution [einer] bestehenden Infrastruktur.*“ Mit ähnlicher Stoßrichtung kritisieren Banken und Co, dass hier die EZB grundlos eine völlig andere, quasi parallele Infrastruktur plane, gar eine Konkurrenzlösung – und das obwohl private Vorhaben das womöglich besser könnten. Es war vorhin schon etwas angeklungen, aber nochmal zur Klärung: Ist diese Zahlungsinfrastruktur wirklich etwas gänzlich Neues, Paralleles, oder nutzt es existierende Bausteine und Routen?

[Jürgen Schaaf]: „*Also erst mal die Kritik, die ist herzlich willkommen, und wenn sie nicht ungefragt kommt, suchen wir die ja auch. Das Ganze ist noch nicht entschieden, wie es im Detail aussehen wird, aber in der Tat, als Vision können Sie schon von was Hybridem ausgehen, dass wir, soweit es geht und soweit es effektiv und zielführend ist, bestehende Infrastrukturmöglichkeiten nutzen. Aber es wird nicht gehen, dass da nichts Neues dazukommt. Ich mache jetzt mal einen Vergleich, der natürlich wie jeder gute Vergleich ein bisschen hinkt: Als die Internetverbreitung eingesetzt hat, haben wir in Deutschland beispielsweise vor allen Dingen auf die Telefonleitungen gesetzt, weil es das schon gab. Das machte das viel einfacher. Die waren mit unseren Kupferkabeln langsamer, als hätte man jetzt alles neu mit Glasfaser gemacht. Aber: die Verbreitung wurde dadurch erleichtert, dass es das schon gab, also aufbauend auf dem Bestehenden. Die Amerikaner haben viel mehr mit dem Kabel gemacht, das sie für ihre Fernseher hatten. Und obwohl wir auf den bestehenden da aufgesetzt haben, mussten die Leute trotzdem ein Modem noch mal dazunehmen. Also so grob und sehr hinkend kann man sich das vorstellen. Wir werden im Auge haben, dass sowohl unsere Kosten als auch die Kosten der Investitionen für die Privaten möglichst gedämpft ausfallen.“*

Als die EZB begonnen hat, über einen digitalen Euro nachzudenken, sah die Zahlungslandschaft natürlich auch noch anders aus. Europaweite Echtzeitzahlungen waren eine teure Seltenheit. Privatwirtschaftliche, länderübergreifende Innovationen wie die European Payments Initiative waren

unerfolgreich. Derzeit sehen die Prognosen für beide wieder etwas besser aus. Zeit, sich zurückzulehnen und doch der Privatwirtschaft die Innovation zu überlassen? Oder wofür braucht es die öffentliche Lösung?

[Jürgen Schaaf]: *„Was wir in Europa haben, wir haben in der Tat ein paar ganz gute nationale Lösungen, und wenn Sie sich angucken: Die Schweiz hat auch ein ganz gutes Modell jetzt. Was wir in Europa nicht haben: Wir haben kein europaweites elektronisches Bezahlssystem, das in jedem Land funktioniert und vor allen Dingen nicht am Point of Sale, also an der Kasse oder so. Haben wir nicht. Insofern: Diese Fragmentierung ist einer Währungsunion eigentlich unwürdig.“*

Ähnliche Töne ließen sich von EZB-Direktoriums-Mitglied Piero Cipollone in der letzten Anhörung im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlamentes Mitte Februar vernehmen. Cipollone hat im November 2023 die Aufgabe digitaler Euro von Fabio Panetta übernommen. Cipollone sagte unter anderem zu Beginn der Anhörung:

[Piero Cipollone, EZB]: *“A digital euro would provide an alternate infrastructure for all day-to-day payments, which could be used by payment-service-providers to roll out instant payment based solutions across the euro area. This would reduce our dependence on known European players [...]”*

[Übersetzung]: *„Das bedeutet, dass der digitale Euro eine alternative Infrastruktur wäre für allen Zahlungsverkehr des Alltags- und Zahlungsdienstleister könnten ihn nutzen, um Sofortzahlungslösungen im gesamten Eurowährungsraum anzubieten. Das würde unsere Abhängigkeit von nichteuropäischen Akteuren zurückfahren. Ich möchte das mit einem Vergleich deutlich machen: Der digitale Euro könnte wie ein gemeinsames europäisches Schienennetz gesehen werden. Verschiedene Unternehmen können ihre Züge über diese Schienen fahren lassen, sich um Fahrgäste streiten, ohne dass jeder seine eigene Schiene legen muss.“*

Private Zahlungsdienstleister könnten neue und innovative Produkte auf den Markt bringen oder ihr Angebot über die bekannten Nutzungsmöglichkeiten und heimischen Märkte hinaus erweitern. Das sei eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status Quo. Als er später dennoch von dem Abgeordneten der Europäischen Konservativen und Reformen, Michiel Hoogeveen, gefragt wird, ob der digitale Euro nicht vielmehr den existierenden Wettbewerb und dessen Lösungen empfindlich störe, erwiderte er:

[Piero Cipollone]: *“If I may, yeah? I think there is a logical inconsistency. We don't want to compete with the commercial bank money.”*

[Übersetzung]: *“Also ich denke, da gibt es eine logische Inkohärenz. Wir möchten nicht in Wettbewerb einsteigen mit diesem kommerziellen Bankgeldsystem.”*

[Piero Cipollone]: *“I am sorry to say so, and I deeply regret that as a European citizen: We celebrate this year: 25 years of Euro. We can't be afraid of everything new, but when it comes to pay, we are still stuck to national solutions. After 25 years.”*

[Übersetzung]: *“Es ist leider so und ich bedaure das wirklich als europäischer Bürger. Wir haben in diesem Jahr die 25. Einführung oder Gründung des Euro. Wir können mit allem in Euro handeln, aber wenn es um die Zahlung geht, ja, da haben wir nur nationale Lösungen nach 25 Jahren.“*

[Piero Cipollone]: *“If you want to roll out this scheme based on instant payment, the digital euro will be an opportunity because of the rulebook. We just need to, you know, use the same standard and you will be able to roll out. The railroad is there. Put your train and you can reach anybody you want. You don't need to construct your own railroad to reach people.”*

[Übersetzung]: *“Wenn Sie wollen, dass man mit Direktzahlung, Sofortzahlung bezahlt, dann wird der digitale Euro eine Chance sein aufgrund des Regelwerkes. Dann müssen Sie nur die gleichen Standards nutzen und dann werden Sie in der Lage sein, diese Eisenbahn zu nutzen. Setzen Sie Ihren Zug auf die Schienen, dann können Sie alle erreichen, die Sie wünschen. Dann brauchen Sie gar nicht Ihr eigenes Schienennetz aufzubauen, um bei den Leuten anzukommen.“*

[Piero Cipollone]: *“That's why we are barking to the wrong tree. We should get together and understand, where the problem is. The Problem is not inside Europe. The problem is outside. I don't know whether you understood, what I said. 69 Percent of the market in the hands of somebody else. We should stop fighting among us and think, where the real problems are. Sorry to get so passionate.”*

[Übersetzung]: *“Deswegen sprechen wir über ein falsches Problem. Wir sollten uns vielmehr zusammensetzen und uns anschauen, wo das Problem ist. Das Problem ist nicht in Europa, das Problem liegt außerhalb Europas. Ich weiß jetzt nicht, ob Sie das verstanden habe, was ich sagte. Neunundsechzig Prozent des Marktanteiles ist in Händen der anderen. Wir sollten uns nicht gegenseitig*

bekämpfen. Wir sollten uns Gedanken über die wirklichen Probleme machen. Entschuldigung, dass ich mich jetzt ein bisschen ereifert habe.“

Dass hier Cipollone als Zentralbankmann – man hört es eher im Original als in der Synchronübersetzung – nicht ganz gelassen bleibt, lässt sich vielleicht als Unmut darüber lesen, dass er das Projekt einer durch die EZB angeschobenen, gemeinsamen europäischen Zahlungsinfrastruktur immer wieder, trotz Zugeständnissen, trotz möglicher Chancen für den Zahlungsdienstmarkt, gegen den Vorwurf der Konkurrenz und Verfälschung des Marktes und Wettbewerbs verteidigen muss. Nach den Chancen vereinheitlichter Zahlungswege mittels digitalem Euro habe ich auch Jürgen Schaaf gefragt.

[cm]: „Könnten Sie ein Beispiel bringen, wie sich Zahlungsdienstleister in Europa die geplante Infrastruktur, wenn sie denn mal im Gange ist, auch zunutze machen könnten?“

[Jürgen Schaaf]: *„Klar. Also wir werden uns jetzt nicht im Einzelnen darüber Gedanken machen, welche Innovation die privaten Marktanbieter anbieten. Das müssen die dann machen, das ist ihr Job. Aber klar, Sie werden ja mit einem Schritt dann quasi den gesamten Euroraum als potenzielle Kunden haben. Sie haben jetzt, wenn Sie kleine Bank sind, mit einer bestimmten Lösung, meistens sind sie eingeschränkt auf das Nationale. Wenn Sie mal, ich weiß nicht, ob Sie die Erfahrung gemacht haben: Sie kaufen was online, sehen das Produkt, gucken sich an, was das taugt, Sie sind damit einverstanden und dann wollen Sie es kaufen. Mir ist es schon mehrfach passiert. Ich wollte es kaufen. Dann waren aber die Bezahlvarianten für mich nicht verfügbar, oder es waren sehr hohe Gebühren. Also Kreditkarten gehen fast immer, je nachdem, wer es ist, der will dann die Gebühren dafür haben. Dann gab es ein paar alternative Bezahloptionen, die hatte ich nicht. So, und das würde sich ändern.“*

Also die Abbruchquote im Onlinehandel würde sich ändern. Sie könnten sich darauf verlassen, dass der Kundenstamm durch den Status des gesetzlichen Zahlungsmittels auf einen Schlag, quasi im Bezahlssystem, 350 Millionen Bürger betragen würde. Und diese Economies of Scale, wenn sie da was draufpacken, also Skalenerträge, das ist immens.“

[cm]: „Heißt aber natürlich auch, dass die europäischen Banken sehr viel mehr miteinander in Wettbewerb geraten, oder?“

[Jürgen Schaaf]: *„Per se nichts Schlechtes. Gibt Ihnen aber vielleicht auch einen Hinweis, woher das laute Klagen kommt.“*

[cm]: „Und die Kritik aus der entgegengesetzten, der bankenkritischen Ecke hingegen, was ist mit der? Schließlich haben solche Stimmen doch zumindest teilweise die Überlegungen für CBDCs, also digitales Zentralbankgeld, überhaupt erst angestoßen. Und diese Art Kritiker rufen nach einer viel weniger bankenzentrierten Lösung, sehen darin die größere Stabilität des Finanzsystems. Aus der Sicht solcher Reformen muss man natürlich fragen: Ist es nicht ein viel zu großer Kotau den Banken gegenüber, denen so entgegenzukommen?“

[Jürgen Schaaf]: *„Ich kenne die Debatte, die ist in der Finanzkrise noch mal stärker und lauter geworden. Die gab es aber davor auch. Und jedes Mal, wenn was Neues kommt, haben wir sie aufs Neue. Die Kritikpunkte sind meistens gerechtfertigt. Wir haben ja im Finanzsektor, so wie wir ihn kennen, auch deutliche Veränderungen herbeigeführt mit schärferen Regeln, höhere Eigenkapitalanforderungen, Veränderung der Bankenaufsicht in Europa beispielsweise. Also da wurde an dem Bestehenden stark reformiert, nicht immer unter dem Lobgesang der Banken, klar, aber da ist viel passiert. Zugleich gab es damals – und die gibt es heute noch – Vorschläge, die sind progressiver, sage ich mal, progressiver im Sinne von: Die gehen weiter. Das ist eine Debatte, die ist absolut sinnvoll, insbesondere im akademischen Bereich per se. Aber das ist nicht unser Job und nicht gedeckt durch unser Mandat. Dass wir derartige Vorschläge machen, die dazu führen, dass wir den Finanzierungskosmos für die Realwirtschaft komplett ändern würden, das würde zu weit gehen. Das können wir nicht machen.“*

Also akademische Fragen und kein Aufgabenfeld der EZB, so Schaaf.

Gleichzeitig gibt es, glaube ich, Kritiker, die sagen: Naja, Staat und EZB haben immer eher eine Tendenz, wirtschafts- und bankennah zu argumentieren, und sich auf Neutralität zurückziehen hat halt auch Effekte, weil es quasi unter diesem Deckmantel geschehen lässt, was eventuell vielleicht zum öffentlichen Nachteil wäre.

[Jürgen Schaaf]: *„Ich würde die Reihenfolge möglicher Veränderung, die würde ich halt anders sehen. Also, ich finde die Analyse und die Debatte und das Nachdenken im akademischen Raum absolut wichtig. Ich bin meilenweit davon entfernt, ein Elfenbeinturmbashing zu machen. Im Gegenteil ist absolut wichtig: Die Aufgabe der Akademiker in diesen Feldern aus meiner Sicht wäre, die Politiker zu überzeugen, die dann den gesetzlichen Rahmen reformieren, da, wo sie überzeugen. Und da sollten wir dann schon gehört werden, weil: Wir können analytisch Rat geben, was passiert, wenn man Stellschraube X ändert. Wenn wir initiativ werden, wie jetzt beim digitalen Euro, versuchen wir so wenig wie*

möglich disruptiv zu sein. Aber es ist natürlich für große Denker verlockend, die Systemfrage zu stellen. Nachvollziehbar. Mitunter sinnvoll. Und vielleicht ist das ein Anstoß zum Nachdenken. Aber das würde ich tatsächlich auch nochmal, nochmal betonen: Das kann nicht unsere Aufgabe sein.“

Klar ist, dass die EZB die Befürchtungen der Banken in weiten Teilen beantwortet und mit einkalkuliert. Deren Ängste, selbst wenn sie auf den ersten Blick verständlich sind, verfangen im Diskurs immer wieder und viel mehr als alle anderen. Schließlich hat ihnen ja auch unser Podcast *Digitalgeld Dickicht* zwei Folgen, 5 und 6, gewidmet. Auch zurecht, aber dass diese Themen so dominieren? Es mag mit daran liegen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger Finanzen und unser Geldsystem normalerweise nicht so breit diskutieren wie die Bundesliga oder die Bundespolitik. Der digitale Euro wird im Wesentlichen auf Fachkonferenzen der Zahlungsindustrie, in Fachmedien oder höchstens im Wirtschafts- oder gar Finanzressort und dort dann meist von Vertreter:innen der Zahlungsindustrie oder Ökonom:innen diskutiert, die die Kritik und Warnungen der Banken aufgreifen. Die sich wiederum schlicht qua Masse auch beim Lobbying in Brüssel – und Berlin – hervortun.

Jürgen Schaaf zufolge ist es das laute Trommeln der Bankenindustrie, das den Eindruck entstehen lasse, die Finanzindustrie habe nicht nur privilegierten Zugang zu Zentralbanken, sondern eben auch großes Gewicht in Entscheidungen der EZB. Dass ihnen aber auch ein prominenter Platz am Tisch zugewiesen wird, ist nicht von der Hand zu weisen – ob nun aus Sachzwängen oder Tradition heraus.

Andere fordern mehr Haltung statt technokratischer Neutralität – sei es in der Geldpolitik oder anderen Aufgabenbereichen.

Nun hat Piero Cipollone in Sachen Austausch beteuert, so oft wie nötig nach Brüssel zu kommen, so oft Parlament oder Ausschüsse ihn einladen. Auch Jürgen Schaaf betont diesen Willen zur Kooperation und Auskunft. Jeder EU-Abgeordnete kann Anfragen an die EZB stellen, die beantwortet werden müssen. Allerdings, dass kurz als Rekurs auf die letzte Folge, steckt dort das Gesetzgebungsverfahren scheinbar endgültig fest: Verzögerungs- und Verschleppungstaktiken trotz Einigungsmöglichkeit scheinen von Erfolg gekrönt.

Zurück zur EZB. Angesichts ihrer Mandatierung und Unabhängigkeit ist es regelmäßig vonnöten, Rechenschaft abzulegen, möglichst transparent zu sein und gut zu kommunizieren. Das wird zum Gebot bzw. auch zusehends zum Anspruch an die EZB. Cornelia Manger-Nestler hat da einen Mentalitätswandel der Zentralbanken angedeutet, und wer sucht, der findet. Auf der EZB-Webseite

beispielsweise finden sich Dokumente und Informationen ohne Ende. Das Bemühen seitens der EZB ist da, aber mehr und konkretere Stimmen aus der EZB, auch im öffentlichen, breiteren Diskurs, wären hilfreich und wichtig, um deren Arbeit am Herzen unseres Geldsystems besser zu verstehen und kritisch einordnen zu können.

Das war zumindest unser Versuch im Kontext des digitalen Euros. Das wars erstmal für heute. Mehr Info zu unseren heutigen Gästen, zu Beiträgen, die in dieser Folge erwähnt worden sind, finden Sie wie immer in den *Shownotes*. Mehr Infos zu unserem Projekt unter www.efin-und-demokratie.de sowie zum Thema auf dem *eFin*-Blog auf www.zevedi.de. Bei Fragen oder Feedback: gerne qua Mail an efin@zevedi.de. ZEVEDI finden Sie auch auf *LinkedIn*, uns auf *X* und *Mastodon*.

Mein und unser herzlicher Dank an unsere Gesprächsgäste, insbesondere Jürgen Schaaf von der EZB, Prof. Cornelia Manger Nestler von der HTWK Leipzig und die EU-Abgeordneten Henrike Hahn, Markus Ferber und Joachim Schuster. Herzlichen Dank generell an die Passanten, in dem Fall die Passantin, die so nett war, mit uns zu reden. Und Ihnen herzlichen Dank fürs Zuhören. Machen Sie es gut, tschüss!



This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>